

Sonja Jakob, Kiebitzstraße 9, 26603 Aurich  
Ratsfrau im Auricher Stadtrat

ernaehrung@gmx.de

---

An den Bürgermeister der Stadt Aurich

Aurich, der 07.09.2017.

**Antrag: Erweiterung, Änderung und Erinnerung an das Ortsrecht der Stadt Aurich**

Sehr verehrte Ratsmitglieder,

sehr geehrte Polis,

wie Sie sich vielleicht erinnern können, wurden meine anfänglich häufigen Redebeiträge zu recht gerügt, da diese die Sitzungen der Ausschüsse unnötig verlängert haben. Das hat sich nun geändert. Dennoch hat dieses nicht zu einer Verkürzung der Dauer der Ausschüsse geführt. Es ist sogar zunehmend besonders im Wirtschaftsausschuss zu beobachten, dass die Redebeiträge einzelner Ratsmitglieder quantitativ ansteigen und gleichzeitig zu einer Sinnentleerung der Debatte führen. Das gilt insbesondere, wenn die Presse anwesend ist.

Die Verwaltung wurde angehalten, nicht nur effektiver, sondern auch effizienter zu arbeiten. Aus diesem Grunde möchte ich alle Ratsmitglieder daran erinnern, dass wir (wohl aus diesem Grund) folgende Regelungen im Ortsrecht vorfinden, die ich nun mit Änderungsvorschlägen abgeben möchte:

**§ 10 Beratung und Redeordnung, Absatz 7:**

Die Redezeit beträgt grundsätzlich bis zu 5 Minuten. (Ausnahme: Erste Stellungnahme).

Vorschlag: Auch die erste Stellungnahme einer Fraktion darf 5 Minuten nicht überschreiten.

**§ 10 Beratung und Redeordnung, Absatz 8:**

Jedes Ratsmitglied darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur einmal sprechen; ausgenommen sind (es folgen a) bis e). Die Redezeit in diesen Fällen dauert bis zu 2 Minuten.

Vorschlag: a) bis e) dürfen insgesamt nicht mehr als drei Redebeiträge übersteigen. In ganz besonderen Fällen entscheide der Vorsitzende zur Erteilung eines zwingend notwendigen Redebeitrages, obwohl das Kontingent bereits ausgeschöpft wurde.

Sonja Jakob, Kiebitzstraße 9, 26603 Aurich  
Ratsfrau im Auricher Stadtrat

ernaehrung@gmx.de

Darüber hinaus konnte ich feststellen, dass einzelne Ratsmitglieder eklatant vom eigentlichen Sachinhalt abweichen und damit die Aufmerksamkeit (bewusst oder unbewusst) in eine andere Richtung lenken. Das ist nicht sinn- und zielführend. Daher bitte ich um die konsequente Erteilung einer Rüge durch den jeweiligen Ausschuss- oder Ratsvorsitzenden, wenn sowas passiert.

Vorschlag: In Ergänzung zu oben, § 10, Punkt 10: Das Abweichen vom Sachinhalt durch einen Redebeitrag wird spätestens nach 30 Sekunden durch den Vorsitzenden des Ausschusses / des Rates beendet.

Darüber hinaus sollte eine Sitzung in der Regel nicht länger als zwei Stunden andauern. Bei zu erwartenden umfangreicheren Debatten und / oder Präsentationen durch die Verwaltung oder geladenen Gästen darf die Sitzung drei Stunden nicht überschreiten. Wenn sich zur Mitte der Debattendauer abzeichnet, dass die Sitzung nicht in der dafür vorgesehenen Zeit von 2 bzw. 3 Stunden durchzuführen ist, muss die Sitzung an einem anderen Termin fortgeführt werden.

Vorschlag: Konkrete Einbringung des Textes als eigenständiger Paragraph im Ortsrecht.

**Begründung:** Auch ein Ehrenamt, bzw. gerade dieses, muss verlässlich strukturiert sein. Neben weiteren privaten, beruflichen und insbesondere familiären Angelegenheiten der Ratsmitglieder, müssen Bedingungen gegeben sein, die ein lustvolles Ausführen des Mandates ermöglichen. Es kann nicht sein, dass sich einige an diese formellen Regeln halten müssen, während das für andere wiederum nicht gilt. Zudem führt mehr Disziplin in der Debatte zu mehr Aufmerksamkeit, da Übermüdigungserscheinungen vorgebeugt wird. Anders ausgedrückt: Es werden Missverständnisse vermieden und doppelte bis dreifache Erklärungen ersparen sich hierdurch.

Hochachtungsvoll,

Sonja Jakob

\* Sonja Jakob, Kiebitzstraße 9, 26603 Aurich  
Ratsfrau im Auricher Stadtrat

An den Bürgermeister der Stadt Aurich

Aurich, der 23.11.2017.

### **Antrag zur Änderung des Ortsrechts Teil II**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
verehrte Ratsmitglieder,  
werte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aurich,

wie Sie sich erinnern können, habe ich einen Antrag zur Änderung des Ortsrechts geschrieben (siehe Anhang). In der darauffolgenden Ratssitzung wurde beschlossen, meinen Antrag nichtöffentlich im VA zu verhandeln. Auf mein Nachfragen wurde mir zugesichert, dass ich mich dort dazu äußern bzw. mitdiskutieren dürfte, da ich ja Antragstellerin bin. Zu der benannten VA-Sitzung haben aber die Ausschussmitglieder beschlossen, die Änderungen intern ohne mich zu verhandeln.

Der Entwurf zur Änderung des Ortsrechts hat meinen Antrag abgetan mit dem Kommentar, dass dieses bislang auch gereicht hätte. Laut meiner Mitschriften in den Ausschüssen kann ich jedoch feststellen, dass das absolut nicht der Fall ist (siehe Anlage als Beispiel).

Unabhängig davon wird die Beschlussvorlage zur Änderung des Ortsrechts im Dezember hinfällig sein, weil ich nicht angehört wurde. Andernfalls stellt das nämlich einen Verstoß gegen unser Ortsrecht dar.

Bitte teilen Sie mir mit, wie wir nun verfahren wollen.

Mit herzlichen Grüßen,

Sonja Jakob

Ratsfrau im Auricher Stadtrat

## **Sanierungsausschuss vom 23.11.2017 zusammen mit dem Ortsrat Kernstadt Aurich**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Abbruch des Protokolls: 19:54 Uhr

Mitschrift von Sonja Jakob in der hinteren Reihe.

### Kenntnisgabe der Verwaltung:

Herr Völcker erläutert, dass sie noch die Städtemittelförderung in Höhe von 434.000 Euro erhalten haben. Diese stehen für allgemeine Maßnahmen im Haushalt für Sanierung zur Verfügung.

### Anfragen an die Verwaltung:

Kranz erwidert, dass die Katzenaugen am Georgswall bereits beschädigt sind. Er fragt, ob diese Testphase vor Ablauf der 6 Monate beendet werden kann. Herr Heinze erwidert, dass die 6 Monate als Testphase ablaufen müssen.

Altmann kritisiert diese Testlösung und möchte die Maßnahme vorzeitig abbrechen. Herr Heinze verweist nochmal auf die Beschlussvorlage und dass wir das jetzt abwarten sollen.

Kranz fragt nochmal, ob wir nicht eine neue Beschlussvorlage machen können, damit diese Testphase abgebrochen werden kann (vorübergehender beidseitiger Verkehr mit Fußgängerweg).

Schapp möchte aus der „ganzen Sache einen Schuh machen“ und schlägt die Gründung einer Arbeitsgruppe vor.

Kötting bittet um einen Abbruch dieser Diskussion. Kranz möchte aber noch weitersprechen und erhebt das Wort. Er meint, dass wir die Sitzung unterbrechen können müssen. Bargmann erörtert, dass das laut GO möglich wäre.

### TOP 7: Sanierung historische Altstadt / ehem. Postgebäude Bebauungsplan 209

Herr Kuiper stellt die Investoren und Fachkräfte aus der Verwaltung vor. Das Neuordnungskonzept (17-181) liegt heute als Beschlussvorlage vor. Es mussten Investoreninteressen berücksichtigt werden, die hier eingeflossen sind. Der Abbruch des Postgebäudes soll im März 2018 erfolgen, so dass alles im

Herbst 2018 erledigt ist. In der Zwischenzeit kann der Antrag für die Baugenehmigung vorgenommen werden, dann könnte Anfang 2019 mit dem Bau des Bettenhauses begonnen werden.

Herr Völcker erwähnt die Ziele dieses Vorhabens und erläutert die Änderung des Bebauungsplanes. Bargmann übergibt das Wort an die Investoren. Herr Klaassen stellt die Planung kurz vor. In der Tiefgarage sind 24 Stellplätze für PKW vorgesehen. Das Gebäude selbst ist 4-geschossig. Rechtsseitig hiervon könnte die Tiefgarage gebaut werden (ist anscheinend noch nicht abschließend geklärt).  
Eröffnung der Diskussion.

Kötting gibt seine Zustimmung und freut sich, dass wir nun soweit sind und findet den Kompromiss absolut akzeptabel. Er findet es wichtig, dass heute der Beschluss gefasst wird, damit es weiter geht. Wir sollten das übliche Verfahren verlassen, da wir Investoren haben, die an dieser Stelle viel Geld investieren. Zweiter Punkt sei die Diskussion um Parkplätze. Er findet es gut, dass die Investoren das Parkplatzproblem selbst in die Hand nehmen. Das sei sonst anders und wäre ein gutes Schulbeispiel dem man nun folgen sollte (er meint, dass die Stadt das nicht alleine lösen soll). Siebolds sieht auch, dass diese Planung ein Gewinn für die Stadt ist, er hätte sich aber gewünscht, dass die Pläne schon vorher an die Ratsmitglieder\*innen gegangen wären. Ein Wermutstropfen sei die Zufahrt über das Behördengelände. Diese sei zu schmal (?). Dann könne die Fußgängerzone weiter vorgezogen werden. Er wünscht sich eine Zufahrt über den Parkplatz. Es sei ein Fehler gewesen das Telekomgebäude damals nicht gekauft zu haben (diese liegt unmittelbar zum Bettenhaus und zur Straßenausfahrt v. Jheringstraße). Er fragt, ob neben dem Fußweg auch ein separater Radweg geplant ist. Herr Völcker verneint das, denn ein getrennter Fuß- und Radweg sei nicht erforderlich. Frau Altmann kann sich mit der Planung anfreunden. Sie meint, dass der Schlosscharakter erhalten bliebe. Ihre Überlegungen betreffen die Größe des Gebäudes und die nicht optimale Verkehrsanbindung. Herr Kuiper möchte erst einmal Stellung dazu nehmen. Er verweist auf das Modell, das heute zur Ansicht im Ratsaal steht. Sie haben hieran ein Jahr lang gearbeitet und auch die Verkehrslage geprüft. Aus Sicht des Betriebes ließe sich das jetzt nicht so darstellen. Er möchte jetzt nicht noch einmal alle einzelnen Aspekte ausführen und wünscht sich eine nicht allzu intensive Situation. Er hat Verständnis für die kritische Anmerkung bittet jedoch darum, diese Aktion nicht monatelang durch Diskussionen zu verzögern. Herr Ihnen freut sich, wenn dieses Vorhaben realisiert wird. Kranz tut es Leid, wenn er diese Diskussion jetzt stören muss. Er bezieht seinen Betrag auf die Erstvorstellung, wo noch Parkplätze vorgesehen waren, die nun weg sind. Er spricht Herrn Kuiper persönlich an, da er diese Parkplätze verhindert hätte (er meint, dass er Herrn Völcker in einer Vorstellung korrigiert hätte). Kranz hält das Mikrofon frei in der Hand. Er greift Kötting an, indem er seine Harmonie kritisiert. Es folgt ein ausführlicher Fachvortrag von ihm. Ihm gefällt das Ensemble nicht. Herr Kuiper antwortet hierauf. Er stimmt zu, dass wir hier nicht wegen Harmonie zusammensitzen und dass seine Fragen willkommen sind. Er bezieht sich auf die öffentlich gewidmeten Parkplätze an der Burgstraße. Im Jahr 2019 könnte die öffentliche

Parkplatzsituation in Betracht genommen werden. Er verweist auf die geplante Tiefgarage und des Busparkplatzes. Diese Parkplätze werden dann auch für die Öffentlichkeit (mit einem Gebührentarif) vorgesehen werden. Die Investoren behalten sich aber vor, die Schranke zur Tiefgarage zu schließen. Insgesamt werden hier 55 Parkplätze entstehen. Schapp begrüßt die Planung des Bettenhauses und lobt das Hotel am Schloss. Sie sieht einen Spagat bezüglich der Höhe und Wirtschaftlichkeit. Wir hätten die Gäste nur, wenn die Stadt attraktiv bleibt. Die Geschmäcker seien ja verschieden. Sie sieht die Notwendigkeit einer Wirtschaftlichkeit. Es folgt eine ausschweifende Rede zur Attraktivität der Stadt und dass sie beruhigt ist, wenn die Widmung erhalten bleibt. Herr Kuiper bittet alle Anwesenden nun, sich das 3-D-Modell anzusehen. 5 Minuten dauert das etwa. Altmann meldet sich zum zweiten Mal zu Wort: Das Modell sage nicht aus, wie es wirkt, wenn man konkret davor stehe. So sähe es aus, dass es das größte Gebäude sein wird. Für den Denkmalschutz müsse der Schlosscharakter unbedingt erhalten bleiben. Sie kritisiert das Flachdach, da ansonsten Satteldächer vorhanden sind. Herr Dworak von der Stadt Aurich gibt Altmann recht. Der Punkt der Höhe haben sie auch kritisch gesehen. Die Entscheidung war, nicht in die Breite gehen zu wollen. Der Standort verlange nach einem mächtigen Gebäude. Bezogen auf den Denkmalschutz ist ein Flachdach vereinbar, da das Erscheinungsbild so gewährleistet sei. Siebolds geht noch einmal auf die verkehrliche Entwicklung ein. Er meint, dass sei nicht gelöst. Er bedauert, dass es dazu anscheinend keine Mehrheiten gibt. Die Anzahl der Parkplätze seien ausreichend. Herr Kranz habe recht, dass das ein dominierendes Gebäude werden würde. Schapp hat noch einmal eine Frage zur Höhe. Sie will wissen ob man die freiwerdende Blickrichtung berücksichtigt habe. Sie meint, dass sie für viele Bürger sprechen würde, weil das Maximum mit dem Kirchengebäude nicht erreicht worden ist. Sie meint, dass das Ensemble besser gestaltet werden könne. Ubben wendet ein, dass das Postgebäude nun auch keinen Charme hätte. Herr Ihnen möchte wissen, wie hoch das uralte Postgebäude überhaupt war und er findet, dass der Sichtwinkel nun besser würde. Das hätte ein deutlich höheres Erscheinungsbild als das jetzige Postgebäude. Herr Dworak bekräftigt, dass sie alles umfassend abgewogen hätten. Kranz spricht noch einmal die Parkplätze an und hofft, dass diese Aussage stimmt. Er will das im Grundbuch verbrieft haben. Er findet, dass man Verständnis für die Kaufleute in diesem Bereich haben soll. Insbesondere betreffe das inhabergeführte Geschäfte. Er greift Herrn Kuiper persönlich an und meint, dass er selbst heute 2 Pillen schlucken musste um Ruhe bewahren zu können. Eine Schrankenregelung müsse es geben und alles andere ginge nicht. Zur Höhe ist er anderer Auffassung. Ein solch hochsensibler Platz erfordere eine Zurückhaltung des Gebäudes (das geplante Bettenhaus). Er freut sich über das, was dort entsteht aber er findet das Vorgehen unsensibel. Bargmann übernimmt das Wort und leitet an Herrn Kuiper. Herr Kuiper sei Verhandlungsführer der Stadt und deshalb möchte er dazu was sagen. Sie haben sehr wohl alles miteinander abgewogen. Herr Kuiper merkt an, dass Herr Kranz Pillen schlucken muss um hier zu erscheinen. Herr Kuiper verweist darauf, dass die Investoren die Zusage machen, dass die Parkplätze

entstehen werden. Herr Oltmann vom kaufmännischen Verein fragt, ob alle Parkplätze wegfallen sollen. Herr Völcker erläutert, dass die an der Burgstraße zunächst erhalten bleiben. Genaueres könne man dazu jetzt nicht sagen. Schapp erwähnt noch einmal wie toll sie das Projekt findet. Es bereitet ihr Bauchschmerzen, dass sie eine klare Aussage zu den Parkplätzen haben müssen. Altmann hat eine Frage zur Ausführung von Herrn Kuiper. Sie möchte bestätigt haben, dass die Dominanz des Gebäudes mit dem Denkmalschutz vereinbar ist. Herr Kuiper verweist auf Herrn Dworak. Der Neubau sei damit vereinbar, wenn das Gesamtbild dazu passt. Man müsse Kompromisse eingehen, da es im urbanen Raum schwierig sei in die Fläche zu gehen. Er findet, dass sei ein gangbarer Weg. Herr Kuiper bezieht sich auf Herrn Kranz und dass die Krümmung des Gebäudes entgegengesetzt sein müsse. Bargmann übernimmt das Wort und verweist darauf, dass wir jetzt lediglich bei der Neuordnung seien. Detailfragen könnten später geklärt werden. Der Beschluss wird mit einer Enthaltung von Kranz angenommen.

Der Investor lobt Herrn Rothlübbers Kompetenz. Er bedankt sich für die Zustimmung der Politik.

#### TOP 8: Bebauungsplan Nr. 298 Osterstraße

Herr Völcker stellt den Bebauungsplan vor. Das Planverfahren sei nun wichtig, damit die Investoren Klarheit erhalten. Es geht um Parkplätze und mehrere Einzelhandelsflächen sowie Wohnbebauung, die Hand in Hand geht.

Wilts geht auf die finanziellen Auswirkungen ein. Wie bekommen wir das sichergestellt, dass die Stadt nicht mit den Parkplätzen hängen bleibt. Herr Völcker betont, dass es gilt, einen Investor zu finden, der ein Parkhaus realisiert. Grundsätzlich besteht hier Bedarf, zunächst muss das ausgeschrieben werden. Altmann bezieht sich auch auf die Parkplätze, wobei es den Grünen darum geht, wo die Parkplätze entstehen. Hier sei nicht der richtige Ort (vorgestellte Lage Georgswall). Diese sei begrünt, kleinteilig bebaut und ruhig, da passe ein solches Parkhaus nicht hin. Diese würde die Osterstraße entwerfen. Die Kaufmannschaft wolle auch kein Parkhaus. Sie bezieht sich auf die Diskussion in der großen Mühlenwallstraße und dem Wunsch der NLG dort zu bauen. In der Osterstraße hätten wir alte Bausubstanz. Auf dem Holertgelände, wo die Einfahrt zur Tiefgarage ist, sollten weitere Parkplätze geschaffen werden. Wenn dort Wohnbebauung entstehen sollte, könnten dahinter Parkplätze entstehen. Dort wäre eine Option zur Parkpalette. Sie schlägt vor, diese Sache noch einmal neu zu durchdenken. Dazu sei am Georgswall, (wo das Parkhaus hinsoll), laut Bebauungsplan 98 ein verkehrsberuhigter Bereich. Aus städtebaulicher Entwicklung hätte ein solches Filetstück es verdient, da noch einmal drüber nachzudenken, zumal sich dort in letzter Zeit viel verändert hätte. Bargmann erwähnt, dass dieser Vorschlag kein neuer wäre und übergibt das Wort an Herrn Völcker. Die

Anbindung zur Tiefgarage kann nicht beliebig angebunden werden. In der Fläche Wallstraße-Große Mühlenwallstraße ist eine solche Dimension nicht realisierbar. Vom Straßenbauamt gebe es für Altmanns Vorschlag, Parkplätze dort mit der Wohnbebauung zu realisieren, keine Zustimmung. Außerdem solle der Einzelhandel in der Osterstraße mit einem solchen Parkhaus gefördert werden. Um diese Gesamtlösung ginge es nun. Siebolds äußert, dass ursprünglich eine Tiefgarage vorgesehen wäre, was ihm sympathischer gewesen wäre. Diese Änderung nun in Verbindung mit Altmanns Vorschlag (Wechsel zur Mühlenwallstraße) sei nicht im Ausschuss diskutiert worden. Er habe sich diese Idee gestern Abend durch den Kopf gehen lassen. Er plädiert für die Schaffung von Parkplätzen an der Mühlenwallstraße und er ist sich sicher, dass Herr Völcker hierfür eine Lösung findet. Er meint, dass dort mehr als 170 Parkplätze realisierbar werden. Zudem würden oberirdische Parkplätze von Leuten besser angenommen als Parkhäuser bzw. Tiefgaragen. In der Wallstraße könne eine Lärmschutzwand angebracht werden, so dass diese hiervon profitiere. Er fordert zum Überdenken dieses Vorhabens auf. Kranz begrüßt, dass Menschen grundsätzlich nachdenken. Er habe sich auch Gedanken gemacht. Er bezieht sich auf den Carolinenhof, dass alle überrascht wären, was sich da tut. Er holt weit aus und beginnt mit der Zeit vor dreißig Jahren. Er erwähnt das Internet mehrmals und dass das ein Problem für die Innenstadt ist. Er schlägt über zu den Parkplätzen, da die Erreichbarkeit und Attraktivität der Stadt wichtig sei. Die Burgstraße sei intakt und das solle auch für die Osterstraße möglich sein. Es folgt eine äußerst ausführliche Erörterung. Schapp setzt die Rede fort. Herr Oltmann von der Kaufmannschaft meldet sich zu Wort. Der KV findet, dass der Georgswall in beide Richtungen befahrbar und die Parkplätze dort bleiben sollen. Er findet den Vorschlag von Altman sehr gut. Es wären Kurzzeitparkplätze nötig, wenn jemand z. B. Brötchen holen will. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bittet Bargmann um Zurückhaltung der Debatte, da noch viele weitere Themen auf der Agenda stehen. Altmann wünscht sich eine vertiefende Diskussion des jetzigen Punktes. Sie plädiert dafür, dass wir voranschreiten und nicht noch weitere 10 Jahre warten. Sie fragt, ob dem Bebauungsplan nun zugestimmt werden muss, denn in dieser Form würde sie jetzt so nicht zustimmen. Das finden die Anwesenden sehr gut. Schapp befürwortet eine Zurückstellung bzw. Vertagung dieses Antrages. Herr Kranz darf erneut reden und holt tief aus. Siebolds kann nicht nachvollziehen, dass die Kaufleute verbissen an die 80-90 Parkplätze festhalten. Er hinterfragt Schapps Äußerungen. Er findet kein Verständnis für das Festhalten der Parkplätze am jetzigen Standort und weist darauf hin, dass diese doch an anderer Stelle (siehe oben) geschaffen werden können. Die Stadt sei doch bereit, zig Mio zu investieren. Er hat das Gefühl, dass nur einer hier was dazu gibt und der andere nicht. Bargmann lässt nun über den Antrag über Altmann abstimmen (Vertagung zu einem späteren Zeitpunkt). Das müsse aber noch in diesem Jahr stattfinden. Herr Bargmann weist darauf hin, dass mit dieser Vorlage noch nicht die gesamte Parkplatzsituation beschlossen wäre. Schapp meldet sich unaufgefordert zu Wort. Wenn sich ein Investor für die Osterstraße finden würde, wäre sie doch gar nicht dagegen. Altmann



übernimmt das Wort. Die von ihre vorgeschlagene Alternative sollte überprüft werden. Bargmann erläutert nochmals, dass dieses geprüft wurde (Palettenparkplätze). Wilts möchte jetzt abstimmen.

Abstimmung zu Altmanns Vorschlag: Drei dafür, sechs dagegen.

#### TOP 9: Markthalle

Herr Völcker erläutert den Hergang und die Aspekte zur Markthalle, die wohl erhalten bleibt. Der Bürgermeister übernimmt das Wort. Die Markthalle ist ein wichtiger Versorgungsfaktor für die Bewohner der Innenstadt. Die Markthalle hat sich stets dem Bedarf der Kunden angepasst. Er denkt an eine Stärkung der Aktivitäten. Die Betreiber wollen die innere Einrichtung übernehmen. Herr Samuels stellt sich im Namen der Betreiber der Markthalle vor. Er bittet um eine zeitnahe Verlängerung des Vertrages. Altmann möchte da mal was dagegensetzen. Sie fragt, wozu er jetzt Zeit erkaufen will. Altmann fordert eine Analyse, die die Konkurrenzsituation berücksichtigt, da die Kaufkraft irgendwo herkommen muss. Bargmann erläutert, dass es darum heute genau geht. Im jetzigen öffentlichen Teil dürfen solche Dinge nicht thematisiert werden. Siebolds meint, dass sich das nicht trennen lässt (öffentlich schöne Bildchen, nichtöffentlich die Finanzen). Er plädiert dafür, dass das nicht subventioniert werden dürfe und dass sich die Markthalle von alleine tragen müssen.

Nun muss ich aber nachhause. Uhrzeit: 19:54 Uhr